

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 37 (1947)
Heft: 20

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Preissenkung, eine Hoffnung?

-an. In der bundesrätlichen Verlautbarung über die Gefahr der weiter hochgedrehten Lohn- und Preisspirale wurde nebenbei auch auf die *Möglichkeit hingewiesen, es könnte bald eine Umkehr der internationalen Preisbewegung eintreten*. Anzeichen dafür seien bereits vorhanden. Und das sei eine Art Trost für uns, die wir nicht wüssten, wie wir mit dem «geschrumpften Franken» unsere Lebenskosten bestreiten könnten. Man verstand sehr wohl, dass sich dieser Hinweis an jene Arbeiterkreise wandte, die auch heute noch den Reallohn von 1939 nicht verdienen und darum in Lohnbewegungen treten, um die Aufbesserung zu bekommen. Die Mahnung hiess: Nicht streiken und nicht fordern, sondern auf die Verbilligung wichtiger Waren warten. Der Moment kommt, da diese Verbilligung eintritt, und dann stellt sich der Reallohn von selber wieder her. Die andern, die ihn heute schon wieder haben, werden alsdann mit ihren heutigen Löhnen besser dastehen als vor dem Kriege. Man rechne nur aus, dass gleich viele «verbesserte Franken» mehr wert sind als mehr Franken, die sich durch eine neue Drehung der Preisspirale wieder entwerten.

Seit dieser Kundgebung von höchster Stelle sind da und dort in den Zeitungen *Erwägungen ähnlicher Art* publiziert worden. Es wird die Frage aufgeworfen, *was klüger sei, ob Lohnerhöhungen oder Preisverbilligungen*. In die Diskussion wurden auch die *Interessen der Leute geworfen, die auf keine Weise zu einer Einkommenserhöhung gelangen können: Die Interessen der Kleinrentner und Pensionierten*. Nichts ist wahrer, als eben diese Tatsache, und es liegt auf der Hand, dass einer, der mit 3000 Fr. Zinseinnahme oder einer gleich grossen Pension eine Preissenkung um 20 oder 30% wie ein Geschenk des Himmels begrüssen würde. Und selbstverständlich würden auch die ungenügend bezahlten Arbeiter finden, endlich sei etwas Vernünftiges geschehen...

Ein weiteres Argument: Wir werden, wenn die Konjunktur zurückgeht und unsere anormalen Exportchancen sich wieder verflüchtigen, darauf angewiesen sein, dem Ausland wieder zu andern Bedingungen zu liefern — nicht mehr so teuer als möglich, sondern so billig als möglich. Alsdann würden wir *froh sein, wenn wir in der Schweiz nicht als «Preisinsel» unsere Konkurrenzfähigkeit verlören*.

Was soll man zu diesen Hoffnungen sagen? Was sagt beispielsweise die schweizerische Landwirtschaft dazu, von deren Lieferungen ja wohl auch abhängt, ob wir «billig» oder «teuer» leben? Nach unserer Ansicht bedeutet der Moment, in dem sich die Preise international zu senken beginnen, auch den Moment, da die Konjunktur allgemein in die Krise umzuschlagen droht. Alsdann aber gilt: *Alle festen Kapitalzinsen, alle Staatsschulden und ihre Zinsen bleiben auf gleicher Höhe und müssen bezahlt sein*.

Wie aber soll man sie bezahlen, wenn ein *Preiszusammenbruch statt der erwarteten «allmählichen Warenverbilligung»* alle Kalkulationsgrundlagen über den Haufen wirft? Es ist das alte gefährliche Terrain des «Herunter mit den Preisen», das da beschriftet wird!

Um den kranken Patienten

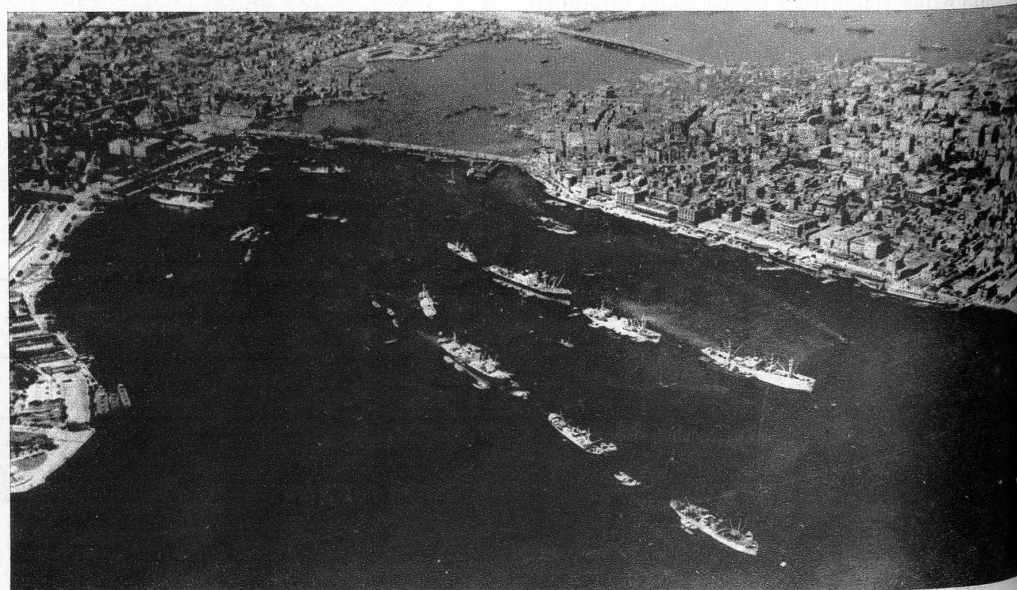
«Europa ist krank, der Patient steht in einer gefährlichen Krise, und die Aerzte beraten, anstatt zu handeln und zu helfen...» Ungefähr so redete Staatssekretär *Marshall nach der Rückkehr aus Moskau*. Es macht den Anschein, als ob die nächsten Schritte der amerikanischen Politik nun unmittelbar bevorstehen. Das *Repräsentantenhaus* hat die *Pläne für Trumans Griechenland- und Türkenhilfe* angenommen, und der Senat wird vermutlich bald folgen. Ursprünglich war der 1. Mai als Datum dieses Beschlusses genannt worden — als äusserstes Datum sozusagen. Die Verspätung rührt von verschiedenen Widerständen isolationistischer Art her, die sich heute als «Spartendenzen» zeigen. Wer sich des Kostenpunktes wegen, welcher von einer «aktiven Aussenpolitik» nicht zu trennen ist, gegen diese neue Aussenpolitik stemmt, ist eben, ob er es wahr haben will oder nicht, Isolationist.

Manchmal ist es interessant, zuzuhören, wie die Leute Trumans, solche aus dem demokratischen wie aus dem republikanischen Lager, den Amerikanern klar zu machen versuchen, dass man sich die Kostenfrage ein wenig nüchterner vorstellen solle, als es die Sparmänner tun. *Dean Acheson, stellvertretender Staatssekretär*, also gewissermassen der Mund Marshalls, hat es in *Cleveland* etwa so formuliert: «Wenn wir die darniederliegenden Staaten aufrichten, dann ist das nicht eine Angelegenheit des Opfern und Schenkens, sondern ein Ge-

schäft, und zwar ein gutes Geschäft». Mit andern Worten: Man gibt nicht einem bankrotten Unternehmer oder einem schäbigen Bettler Almosen, sondern man setzt einen künftigen Geschäftspartner in stand, zu arbeiten, zu produzieren, zu verkaufen und so in die Lage zu kommen, amerikanische Waren zu kaufen. Acheson hat auch die Konsequenz dieser Haltung begriffen: Die USA müssen selbst Abnehmer der Waren sein, welche die «unterstützten Staaten» künftig produzieren. Schon die ersten verfügbaren Waren müssen von Amerika gefragt werden. Denn nur wenn die Europäer Dollars verdienen, können sie auch mit Dollars kaufen.

Für die Russen und alle, welche die amerikanische Expansionspolitik mit Argwohn betrachten, scheint der Gedankengang Achesons den kommenden amerikanischen Wirtschafts-Imperialismus zu verraten. Einen Imperialismus, der sich vom vorhergehenden europäischen Kolonial-Imperialismus insoweit unterscheidet, als er die fremden Länder politisch unabhängig lässt, sie aber dank seiner wirtschaftlichen Uebermacht in der Hand hat. Auf diese Weise haben die USA und England schon bisher Mittel- und Südamerika beherrscht. In den internationalen Finanz- und Industriekonzernen, die in London und Newyork domiziliert waren und «zwischen Feuerland und Kalifornien» alle wichtigen Rohstoffe, jede Art von moderner Fabrikation und den ganzen Handel kontrollierten, befanden sich übrigens auch Teilhafter aus andern als nur den beiden Staaten.

Russlands Vorwurf geht nun dahin, dass die USA und die ihr Gefolgschaft leistenden britischen, kanadischen, australischen und alle sonstigen noch irgendwie intakten Kapitalmächte der Welt sich die gesamte übrige Welt, vor allem aber Europa in derselben Weise wirtschaftlich untertan machen wollen, wie sie es mit Südamerika getan.



Die Vereinigten Staaten haben die kluge Taktik eingeschlagen, den russischen Vorstossversuchen ins östliche Mittelmeer mit eindrucksvollen Flottendemonstrationen zu begegnen. So ist auch im Hafen von Istanbul ein amerikanisches Geschwader zu einem Flottenbesuch eingetroffen und begeistert empfangen worden.

Russland kann nun auf diesem Boden nicht konkurrieren, sonst würden wohl allerorten in den kranken Hauptstädten die Hilfsangebote Moskaus eintreffen. Was Russland kann, das ist nur das eine: Den Kreis der amerikanischen Expansion verengen. Und zwar, indem es verhindert, dass amerikanisches Kapital «hinter dem eisernen Vorhang» unter Bedingungen investiert werde, welche die Abhängigkeit des ostelbischen Deutschland, der Donauländer und des Balkans nördlich der griechischen Grenze von Newyork begründen könnte. Damit ist wohl ziemlich exakt beschrieben, um was es in Moskau gegangen, und um was es im November abermals gehen wird.

In Deutschland tut die Hilfe dringend not,

diese Tatsache ist so elementar, dass sogar Russland alles begrüßen müsste, was die Westmächte in nächster Zeit vorkehren werden. Wer auf lange Sicht rechnet, wird zugeben müssen, dass die «Kapitalversklavung», in welche die grosse amerikanische Investitionsoffensive — um eine solche wird es nun gehen — durchaus keine ewige sein wird. Man erinnere sich, dass beispielsweise in Mexiko, wo fast die gesamten Petrovorräte in britischen und amerikanischen Händen waren, die Nationalisierung der Bodenschätze erfolgte, und dass in dem darauf folgenden zehnjährigen Streit schliesslich die Mexikaner siegten. Soweit siegten, dass sie die früheren Besitzer zu erträglichen Bedingungen «auskaufen» können. Argentinien wurde aus einem schwer tragenden Schuldner Englands dank seiner Kriegslieferungen zu einem Gläubiger, und heute ist es London, welches in Buenos Aires um eine günstige Schuldenregelung antichambrieren muss und nicht umgekehrt. Deutschland, Frankreich und Italien, Oesterreich, Polen und die andern Kleinen können sich durchaus Hoffnung machen, in einigen Jahrzehnten eine Entschuldung zu erzielen, vorausgesetzt, dass sie mächtig arbeiten und lukrative Märkte, vor allem in den USA, finden. Würde Moskau dieser Entwicklung trauen, müsste es den neuen USA-Imperialismus nicht so sehr fürchten.

Aber es fürchtet ihn. Und es hegt die Hoffnung, die britisch-amerikanischen Differenzen so weit zu steigern, dass die westliche «Kapitalisten-Allianz» zerbräche, noch bevor die britische Reaktion das Labour-Regime wieder aus dem Sattel geworfen. Die wichtigste britisch-amerikanische Differenz, die vor aller Augen klar liegt, ist entstanden aus dem englischen Bestreben, in Westdeutschland, vor allem in seiner eigenen Zone, die Wirtschaft in Staatshand überzuführen; die Ruhrkohle, das Transportwesen, das deutsche Finanzwesen von morgen soll womöglich unter eine ähnliche Kontrolle der Regierung gestellt werden wie in England selbst. Amerika aber widersetzt sich allen solchen Bestrebungen. Es entzieht sich den Blicken und wohl auch der Aufmerksamkeit all der eifrigen Berichterstatter, was hinter den Kulissen für fruchtlose Kämpfe um die Vorherrschaft der «liberalen» amerikanischen und die «staatssozialistischen» Organisationsmethoden ausgefochten werden. Nur das Resultat ist bisher sichtbar geworden. Die deklarierte wirtschaftliche Einheit der beiden angelsächsischen Zonen ist gleich null.



Die Pariser halten Churchill die Treue

Nachdem der französische Ministerpräsident Paul Ramadier Winston Churchill im Ehrenhof des Hôtel des Invalides in Paris die höchste Auszeichnung der Republik, die Militärmedaille, verliehen hatte, begab sich der englische Kriegspremier im offenen Wagen durch die Champs-Élysées nach dem Arc de Triomphe, um am Grabe des Unbekannten Soldaten einen Kranz niederzulegen. Zehntausende von Parisern säumten die Strasse, um Winston Churchill eine begeisterte Ovation darzubringen.

Die Hungerdemonstrationen in Hamburg, im Ruhrgebiet, in Braunschweig und anderswo haben nun aber Dimensionen angenommen, die weiteres Zuwarten verbieten. Wenn Hunderttausende auf die Strasse gehen und erklären, dass sie wegen zu kleiner Rationen nicht mehr arbeiten können, wenn die Bürgermeister und Länderregierungen einhellig die weit unter das Minimum gesunkenen Kalorien bekanntgeben, wenn erklärt wird, mit dem, was heute auf den Kopf zgeteilt werde, könne man nicht einmal mehr einen wegen Unterernährung erkrankten Menschen am Leben erhalten, dann werden Wirtschaftssysteme nebensächlich, und nur noch die eine Frage gilt, wie man am schnellsten helfe.

Es wird ein umfassendes amerikanisches Hilfsprogramm für sämtliche notleidenden Gebiete, «Westbrien» eingeschlossen, erwartet. Sobald der minimale Anfang mit den Griechen und Türken gemacht ist, soll Truman nach sicherem Vernehmen den Kongress mit viel grösseren Programmen überraschen, und auch in diesen Programmen sollen wirtschaftliche, finanzielle, organisatorische Ziele neben politischen und militärischen angekündigt werden. Auf russischer Seite wird anscheinend versucht, die diesjährige bessere Ernte auszumünzen, um in den von Moskau kontrollierten Gebieten die Stimmung zu heben. Das ist alles, was das schwer angeschlagene, von Angriffsfurcht beherrschte, von der letztjährigen Missernte kaum genesene Sowjetreich tun kann.

Russland kann nicht an Krieg denken,

an einen Angriffskrieg zu allerletzt, und einzig die fatalistische Ueberzeugung seiner Lenker, dass nach dem Hitlerschen der «zweite kapitalistische Angriff», der amerikanischen, kommen müsse, erklärt die namenlos hartnäckige und misstrauische Politik des Kremels.

Die Aktien des internationalen Kommunismus, auf den sich der russische Staat um so mehr stützen muss, je mehr er unfätig zusehen muss, wie die USA aus ihrer Wirtschaftshilfe das «grosse Geschäft» machen und wie sie durch die kommenden riesigen Kapital-Investierungen der Welt die goldenen Fesseln anlegen, sinken heute im Kurs, und das mag in Moskau die Unsicherheit vermehren. Wenn es ein Jahr so weitergeht, wie es in den beiden letzten gegangen, manövrieren sich die kommunistischen Landesparteien aus allen Parlamenten Westeuropas und aus den Regierungen, die sie bilden halfen, hinaus. In den USA und in Kanada sind Verbote der «moskauhörigen Partei» zu erwarten, und es könnte sein, dass diese Verbote in sämtlichen Staaten Amerikas Tatsache werden. Brasilien ist schon vorangegangen. Der frühere Präsident Hoover hat behauptet, die USA besäßen heute mehr Kommunisten als Russland 1917 — und das sei höchst gefährlich. Wobei er lächerlicherweise vergisst, zu sagen, dass die russischen Bolschewiken nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches keinen einzigen schlagkräftigen Gegner hatten, den amerikanischen aber ein völlig intakter Staat mit zwei Parteien gegenüberstehen, Parteien in voller Gesundheit und ungebrochener Kampfkraft, von Armee und Polizei abgesehen. Doch wird man auf Hoover vermutlich hören.

Ob in Frankreich die Partei des Genossen Thorez «ausmanövriert» wurde, um den Weg zu einem engern wirtschaftlichen Anschluss an die USA vorzubereiten — siehe Trumans grossen Hilfsplan — oder ob die geheime internationale Leitung Thorez dahin instruierte, er möge sich ausmanövrieren lassen, um in der Opposition freier agitieren zu können, das ist eine strittige Frage. Ramadier, der den «Weg der Geduld» geht, den demokratischen Weg, hat mit seinem fast halb sozialistisch konstituierten Kabinett ein Vertrauensvotum bekommen und verfolgt zäh sein Ziel, die Preise zu stoppen und durch Teillohnerhöhungen, die nicht auf die Preise abgewälzt werden dürfen, die Gewerkschaften zu beruhigen und der kommunistischen Agitation zu entziehen. Ohne die erwarteten amerikanischen Weizenschiffe und die weiteren Dollarvorschüsse aber wird es nicht gehen, und es fragt sich, ob Washington den Franzosen nicht am Ende vorschreiben wird, sie müssten de Gaulle an Stelle von Ramadier auf den Präsidentenstuhl setzen, ehe die Hilfe komme. Man muss abwarten.

Das russische Kalkül hat im Hintergrund einen wichtigen Faktor, der bisher nicht in den Bilanzen erscheinen konnte, weil er erst in einigen Jahren fällig wird: Die der heutigen Konjunktur in USA folgende Wirtschaftskrise — oder gar Katastrophe, an die man als an ein Fatum glaubt, das ebenso sicher wie der Angriff Amerikas auf Russland eintreffen müsse. Die Erfolge der in die Opposition oder in die Illegalität gehenden Kommunisten des Westens mögen heute klein sein oder sich noch mehr verkleinern — all das ist nichts gegen die Möglichkeiten, die sich im Moment des «grossen Krachs» ergeben. Alsdann, so argumentiert der Kreml, werden die USA zwar von den neuen Schuldnerländern die Zinsen einfordern, ihnen aber die Grenzen sperren, das Dollarverdienen in USA verbieten.